

So war also zunächst eine sozialistische Mehrheit für die Wahl des sozialistischen Ministerpräsidenten geschaffen, und darüber hinaus das Versprechen der Kommunisten erfüllt, eine wirklich revolutionäre sozialistische Politik unterstützen zu wollen. Es ist freilich nicht ausgemacht, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien mit den Kommunisten über diesen Begriff übereinstimmen — es ist sogar das Gegenteil sicher. Indes nehmen wir an, daß sich die Kommunisten Sachens überlegen werden, ob sie eine rein sozialistische Regierung stützen dürfen, die sich bemüht, innerhalb der gegebenen Möglichkeiten sozialistische Politik zu treiben. Daß diese Möglichkeiten nicht sehr groß sind, daß sie durch die Reichsverfassung insbesondere sehr eng begrenzt werden, braucht eigentlich nicht näher ausgeführt zu werden. Aber angesichts der Forderungen, die die kommunistische Presse für die Gestaltung der sächsischen Politik aufgestellt hat und auf die in dem Antwortschreiben der kommunistischen Zeitung Sachens noch einmal durch den Hinweis auf den Artikel Brandlers besonders verwiesen wird, ist es doch notwendig, schon hier zu betonen, daß die sächsische Regierung die Reichsverfassung selbstständig nicht überspringen kann, und daß sie daher verschiedenes, was auf dem kommunistischen Wunschzettel steht, nicht von sich aus erfüllen, sondern nur in solcher Richtung auf die Reichsregierung einwirken kann. Das trifft vor allen Dingen zu auf das kommunistische Verlangen, daß die Industrie verpflichtet werde, ihre Arbeitslosen zum vollen Lohnsatz zu erhalten. Die Widerstände, die einer großzügigen sozialistischen Politik in der Deutschen Republik entgegenstehen, lassen sich natürlich nicht von der Regierung eines kleinen Bundesstaates aus brechen, sondern sind nur durch die gesammelte Aktion des gesamten deutschen Proletariats niederzuwerfen. Das müssen auch die Kommunisten einsehen, wenn sie halbwegs vernünftige Politik treiben wollen. Tun sie es nicht, so werden sie vor der sächsischen Arbeiterschaft die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß sie die Arbeit einer sozialistischen Regierung um Hingehänge wüßten wegen Forderungen unumgänglich gemacht haben, die zu erfüllen diese Regierung gar nicht die gesetzlichen Mittel besäße. Und der Gedanke, mit einer solchen Verantwortung in Neuwahlen vor die Wähler treten zu müssen, dürfte doch etwas zügelnd auf die kommunistische Partei einwirken. Hat sie sich doch schon in ihrem Antwortschreiben zu der Theorie bekannt, daß ein sozialistischer Ministerpräsident — und wohlgerne ein rechtssozialistischer! — das kleinere Übel gegen einen bürgerlichen Premierminister darstellt. Die ganz Orthodoxen im kommunistischen Lager werden vielleicht schon daran Anstoß nehmen. Auf der Berliner kommunistischen Parteitagung hat es bereits aus der württembergischen Ecke ein wenig gepörrt. Und wenn sie der Doktrin Sinowskij in allen Punkten folgen wollten, so müßten unsere Kommunisten allerdings etwa sagen, daß ein rechtssozialistischer Ministerpräsident gefährlicher ist, als die Orgesch und der Völkerrund. Indes solche Applaudationsphrasen zerflattern, wie das Antwortschreiben zeigt, gar schnell, wenn ihre Träger gezungen sind, konkrete politische Fragen zu beantworten. Und so wenig wir uns deshalb Illusionen machen über die Standfestigkeit der neuen Regierung, so sind wir doch auch von allzu weitgehendem Pessimismus entfernt. Die Logik der Tatsachen wird bei den Entschlüssen der Kommunisten immer ein nicht unerhebliches Wort mitsprechen. Und wenn sie sie nicht brauchen, um so schlimmer für sie. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann bei Neuwahlen in Sachsen sicher sein, wieder vorwärts zu schreiten, nachdem die Verwirrung, die die Spaltung von Halle brachte, mehr und mehr überwunden ist und die Kommunisten genötigt sind, unter ihrer eigenen wahren Firma aufzutreten.

Wichtig aber ist es, daß die sächsische Arbeiterschaft weiß, was sie von einer sächsischen Regierung erwarten kann, wieweit sie ihre Forderungen an ihre Politik erstrecken darf. Sie muß wissen, daß die sächsische Regierung nur noch auf einem schmalen Gebiete selbstständig zu handeln in der Lage ist. Daß zum Beispiel das Wesentliche in der Ernährungspolitik in Berlin bestimmt wird und daß Dresden nur die unbedeutende Aufgabe hat, die durch die Fehler der Reichspolitik für das sächsische Proletariat geschaffene Lage so erträglich wie möglich zu gestalten. Die sächsische Arbeiterschaft muß sich gegenwärtig halten, daß die Sozialisierung durch die Verfassung von Weimar dem Reiche vorbehalten ist, daß die wesentlichen Punkte der Schulgesetzgebung der Reichsgesetzgebung vorbehalten sind und daß deshalb auch ein sozialistischer Kultusminister in Sachsen nicht in der Lage ist, die weltliche Schule zu schaffen. Indes bleibt ihm die Möglichkeit, in die Schulverwaltung, in die Lehrerausbildung einen freieren Zug zu bringen und innerhalb der Schulararchie freibewilligt gewisse Männer in führende Stellungen zu bringen. Etwas größer ist der Einfluß des Ministeriums des Innern. Von hier aus soll die Gemeindeförderung ausgehen, die endlich des Zweikammersystems in den größeren Städten, das heißt die des Stadtverordneten gleichbedeutende Stellung des Rates, in den Landgemeinden die Gemeindefürsorge und noch so manches Hindernis wirklicher Durchführung des Prinzips des gleichen Wahlrechts zu beseitigen hat. Hier ruht aber auch die Verfügung über die Polizeigewalt und hier ist die Stelle, die den reaktionären Verschönerungen, den Nachschäffern der Orgesch mit Energie die Kraft der Staatsgewalt entgegenzusetzen hat. Das sächsische Proletariat darf und muß verlangen, daß die sächsische Regierung die Machtmittel, die ihr zuziehen rücksichtslos zur Führung einer wirklich sozialistischen Politik gebraucht — und es wird Aufgabe unserer Genossen in der Regierung sein, darüber zu wachen, daß die Rechtssozialisten die Verpflichtungen nicht vergessen und nicht veräußern, die sie durch Annahme unseres Mindestprogramms eingegangen sind —, das sächsische Proletariat muß sich aber hüten, von dieser Regierung mehr zu erwarten und zu verlangen, als sie nach der Verteilung der Machtverhältnisse im Reiche zu leisten vermag.

Die Unabhängige Sozialdemokratie geht ohne überhöhten Hoffnungen und mit dem Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit in diese Regierung. Sie ist entschlossen, ihre Pflicht zu tun und diese Position an jenem Tage zu verlassen, an dem ihr das unmöglich gemacht würde. Mögen die Rechtssozialisten es nicht an entschiedenem Willen zur sozialistischen Politik, mögen es die Kommunisten nicht an vernünftiger Erwägung der realen Tatsachen fehlen lassen!

Die gestrigen Verhandlungen in Dresden zogen sich deshalb länger hinaus, weil die Rechtssozialisten ursprünglich unserer Partei das Ministerium des Innern nicht zugehen wollten. Sie boten ihr das Finanz-, das Kultus- und das Arbeitsministerium

an. Unsere Genossen waren aber mit Recht der Ansicht, daß das keine entsprechende Vertretung unserer Partei in der Regierung gewesen wäre, da dann die Rechtssozialisten neben der numerischen Überzahl auch die beiden politisch wichtigsten Ministerien, Ministerpräsidentenamt und Ministerium des Innern, in ihrer Hand vereinigt hätten. Es war eine billige Forderung, daß die USPD eines dieser Ministerien erhielt. Dieser Forderung unseres Landesvorstands stimmte denn auch die Landesversammlung einstimmig zu. Die Vertretung der Rechtssozialisten, die aus Fraktion und Parteinständen bestand, trat darauf um 4 Uhr nachmittags noch einmal zusammen und entsagte sich nach längeren Beratungen, die Forderung unserer Partei zu erfüllen. So kam es denn gegen 6 Uhr zu dem oben mitgeteilten Abkommen.

## Eine Hermes-Katastrophe im Reichstag.

Berlin, 7. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der U. B.) Es war klar, daß der Etat des Herrn Hermes einige erregte Szenen im Reichstag mit sich bringen würde, aber es konnte niemand ahnen, daß die politische Ungeheuerlichkeit des sogenannten deutschen Reichskanzlers es fast zur Regierungskrise kommen lassen würde. Das kam so: Herr Hermes las seine Rede vom Manuskript ab, die seine einzelnen Dezerenten und Referenten ihm zusammengestellt hatten. Der Beifall der Rechten, wie die leise grockende, bevorstehende Entladung ankündigende Opposition der Linken ließ ihn kaum aufbliden. Die Rechte hatte Grund zu ihrem Beifall. Herr Hermes ist dafür, daß die Stickstoffindustrie möglichst große Auslandsgewinne macht, deshalb möglichst viel Stickstoff exportiert, obwohl wir selber nicht genug haben. Mit einem Teil der großen Auslandsgewinne sollen dann die teuren ausländischen Lebensmittel verbilligt werden. Die Landwirtschaft kann inzwischen mit beliebig hohen Preisen immer auf neue unsere Lebensmittelversorgung gefährden. Sehr sicher war Herr Hermes seiner Sache nicht und ab und zu schielte er ängstlich nach links, ob von dort die Katastrophe kommen würde. Und sie kam, kam unendlich viel übermächtiger als Herr Hermes je gedacht hatte. Der Abgeordnete und preussische Landwirtschaftsminister Braun las dem Ernährungsminister ein Kolleg, das selbst der bühnente Student begriffen hätte. Es sei Wahnwitz, Düngemittel auszuführen, solange unsere Stickstoffindustrie noch nicht genügend Düngemittel erzeuge für eine intensive landwirtschaftliche Produktion und Vollernte. Im Gegenteil, erklärte Braun, sind alle Düngemittel an die deutsche Landwirtschaft zu liefern und mit Reichsmitteln die Preise für die Düngemittel zu senken, um auf diese Weise die landwirtschaftlichen Herstellungskosten herabzubringen und so eine Senkung der Lebensmittelpreise zu erzielen. Das war der Rechten höchst unsympathisch, denn das hieß für die Landwirtschaft Fortfall der Ausrede von den hohen Herstellungskosten zur Erzielung von Wucherpreisen und für die Stickstoffindustrie Verlust des Auslandsgeschäftes. Neben der prinzipiellen sollte Herrn Hermes aber auch eine sachliche Kritik an seiner Geschäftsführung nicht erspart bleiben. Der eigenartige Etat mit dem seltsamen Autokauf, die höchst unerquickliche Bestekungsaffäre des Herrn Augustin, das alles mußte Herr Hermes nun auch im Plenum über sich ergehen lassen. Man kann verstehen, daß ihm dabei nicht sehr wohl war. Aber er hatte eine Hoffnung. Er als Minister hatte das Recht, jederzeit noch einmal in die Debatte einzutreten zu können, also Braun noch zu antworten, während dieser nicht mehr zu Wort kam. Herr Hermes operierte also selbst drauf los, stellte alle Tatsachen so dar, daß sie hart auf der Grenze zwischen Wahrheit und Unwahrheit standen, manövierte mit dialektischer Geschicklichkeit um alle Klippen herum und wollte sich befriedigt auf seinen Platz setzen, um dem nächsten Fraktionsredner die Fortsetzung der Debatte zu überlassen. Da ereignete sich die Ueberrahung. Herr Braun war Herrn Hermes auch an parlamentarischer Geschicklichkeit überlegen. Er hatte sich von seinem Abgeordnetenamt auf die Tribüne zu den Seiten der preussischen Regierung gegeben, und da der Abgeordnete Braun nicht reden konnte, ergriff plötzlich der preussische Landwirtschaftsminister Braun das Wort. Auf der Rechten gestien entsetzte Entrüstungsaufe auf. Darauf war Herr Hermes nicht gefaßt. Nun hagelte es auf ihn nieder. Der preussische Landwirtschaftsminister Braun begnügte sich mit einfachen Richtigerstellungen und beschränkte sich sorgfältig auf sein Recht. Aber es genügte, um Herrn Hermes völlig zuzubeden. Schreckensschweiß stürzte sein junger Mann aus Telephon. Alles Sachliche war verloren, nur Gefühlsmomente konnten noch retten. Also her mit dem Fachminister für das Reichert Gefühl. Der Herr Reichskanzler wurde eiligst rücker und er erschien im Plenarsaal. Der Herr Reichsernährungsminister sammelte noch ein paar verlegene Worte und dann erhob sich Herr Fehrenbach. Mit dem Orgelton, mit dem er in Spa auf Cloud Georges Frage, wieviel Waffen Deutschland noch habe, antwortete: „Ich bin in Ehren grau geworden und will ehrlieh begraben werden“ beschrie er den preussischen Landwirtschaftsminister darüber, daß es ein ungeheuerliches Verbrechen sei, den Ernährungsminister anzuweisen. Der schlaue Fuchs Hermes freute sich im stillen. Er wußte wohl, daß Herr Fehrenbach in seiner pastoralen Heberhebung die Bedeutung der Worte nicht genau abzuschätzen wußte, und es entrang sich des Reichskanzlers gefühlvolles Brust denn auch der Satz: „Unter diesen Umständen wird es schwer, die Geschäfte des Reichstages in Ordnung weiterzuführen.“ Bei dieser Demissionsdrohung konnte man im Zweifel sein, was Herr Fehrenbach mit den Worten: „unter diesen Umständen“ verstand. Er konnte eigentlich nur die Volkswirtschaft des Herrn Hermes meinen und wird sich darüber noch näher aussprechen müssen. Diesmal begnügte er sich damit, dreimal mit verhöfelter Stimme das Wort „Kleinstaurig“ herauszustößen, um dann zurückzusinken. Es war dem preussischen Landwirtschaftsminister ein Leichtes, Herrn Fehrenbach darüber zu belehren, daß er als Abgeordneter, der einen Ministerposten innehat, nach altem parlamentarischen Brauch sehr gut einmal als Minister und einmal als Abgeordneter sprechen könnte. Er würde sich jedenfalls als preussischer Minister das Recht nicht nehmen, die Ansichten seiner Partei mit allem Nachdruck zu vertreten. Herrn Fehrenbach war ein kleiner Irrtum passiert, er dachte, es sei noch oder schon wieder die gute alte Zeit, in der der Reichskanzler gleichwichtig Vorgesetzter der preussischen Minister war. Nun berät die Reichsregierung, wie man den Schaden wieder gutmachen kann, den Herr Fehrenbach angerichtet hat; denn wenn Herr Hermes vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß nicht bestehen kann, so wird das Fern Fehrenbach den Kopf kosten.

## Der Kommunisten-Parteitag.

Der dritte Verhandlungstag wurde mit Begrüßungsansprachen des Franzosen Aucaire und des Bulgaren Georgieff eröffnet, worin die deutschen Kommunisten als Vorkämpfer der dritten Internationale gefeiert wurden. Nach der Annahme einer Resolution, die zur Lebensmittel- und Geldsammlung für die internierten Rotenarmee anforderte und die Solidarität des revolutionären deutschen Proletariats mit dem russischen zum Ausdruck bringt, sprach Roenen über: Die Dr. Gaußaktion der Partei. Er bezeichnete als nächstes Ziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Aufgabe der Organisation müsse es sein, die Massen zu diesem Zweck zu mobilisieren. Roenen wandte sich gegen den bisher in der USPD vorhandenen Föderalismus und sagte, daß die kommunistische Partei eine zentralistische Zusammenballung aller Aktionen bringen werde. Bemerkenswert war die Bemerkung, daß die Parteizentrale auf „fester demokratischer Grundlage“ aufgebaut werden müsse. Allen Oppositionsbestrebungen innerhalb der Partei soll mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Rücksichtslose Disziplin müsse in der Partei herrschen.

Der vorgelegte Organisationsentwurf wurde ohne Debatte angenommen. Ebenso wurde ein vorgelegter Plan einer Einteilung des Reichsgebietes in 27 Bezirke genehmigt. Einen anderen Antrag, den Namen Vereinigte kommunistische Partei in kommunistische Partei Deutschlands umzuändern, lehnte man ab.

Über die kommunistische Jugendbewegung referierte Heilmann. Er bezeichnete als Hauptaufgabe der Bewegung, einen zuverlässigen kommunistischen Nachwuchs heranzubilden. Die in diesem Sinne gehaltenen vorgelegten Richtlinien wurden einstimmig gutgeheißen, ebenso die Leitlinie über die Arbeit in den Elternbeiräten. Clara Zetkin führte dazu aus, die Frage der Elternbeiräte hänge zusammen mit einer hochpolitischen, der Schulfrage. Die Schulreform sei trotz der Novemberrevolution schändlich bankrott gegangen. Hier gelte es, endlich ein gegenrevolutionäres Element aus dem Wege zu räumen.

Über die Arbeitslosenfrage referierte Hedert. Er machte die Gewerkschaftsbureaokratie und die Rechtssozialisten für die schlimme Lage der Arbeitslosen mit verantwortlich, weil sie durch die Entlassung der Arbeiter den Widerstand der Bourgeoisie gegen die Arbeiterforderungen gestärkt und das rücksichtslose Vorgehen gegen die Arbeiter begünstigt hätten. Die USPD solle die Führung der ziele und führerlos gewordenen Arbeitslosen übernehmen, damit diese nicht den Zwecken der Kontroverrevolution dienbar gemacht würden. Unmittelbare Hilfe könne den Arbeitslosen nicht gebracht werden. Hedert erörterte dann die bekannten kommunistischen Forderungen, durch deren Erfüllung die Arbeitslosenfrage geregelt werden soll. Eigenartig mutete die Bemerkung Hederts auf dem Parteitag der ehemaligen Antiparlamentarier an, daß die Vertreter in den Parlamenten die schärfsten Forderungen zugunsten der Arbeitslosen stellen und den bürgerlichen Staat zu Zwangsmassnahmen gegen den Kapitalismus zwingen müßten. Wenn es sich zeigte, daß der Bourgeoisstaat dazu nicht fähig sei, würden die Arbeiter von der USPD vom demokratischen Staat befreit werden. Aus der langen Debatte, die sich im allgemeinen in den gleichen Gebäudeführungen bewegte, sind die Ausführungen des Württembergers Küd bemerkenswert, der Hedert vorwarf, daß er die Frage nur vom propagandistischen Standpunkt aus behandelt habe.

Interessant — besonders im Hinblick auf die von den Kommunisten in Sachsen gelegentlich der Regierungsbildung aufgestellten Forderungen — waren die Bemerkungen Küds, daß das Proletariat, das in der Lage sei, ein Entschlossen für Arbeitslose und Arbeiter durchzuführen, auch den kapitalistischen Staat über den Haufen werfen könne. Mit andern Worten gesagt: Wenn das Proletariat heute nicht in der Lage ist, den kapitalistischen Staat zu überwinden, hat es auch nicht die Macht, die von den Kommunisten aufgestellten Forderungen zugunsten der Arbeitslosen durchzuführen. Dieses Einverständnis wird man sich merken müssen, wenn die Kommunisten dann, wenn sich die Unmöglichkeit der Erfüllung ihrer Forderungen zeigt, wieder in der gewohnten Weise über den „Berat“ der andern schreiben.

Zu seinem Schlusswort sagte Hedert u. a.: Wenn für den Kampf gegen Moskau Tausende ihr Blut lassen konnten, so würden auch Tausende sterben können, um den Arbeitslosen zu helfen, die Revolution zum Sieg zu bringen durch den Sturz des Kapitalismus.

Eine lange Resolution des Referenten zur Arbeitslosenfrage wurde einstimmig angenommen. Eine zweite Resolution, die sich stark gegen die Auslieferung der Milliardensumme an die Hohenzollern wendet, fand ebenfalls einstimmige Annahme.

## Bereinigung der Demokraten mit der Sinnespartei?

Im Neudessauer Tageblatt wurde, wie wir dem Leipziger Tageblatt entnehmen, vor einigen Tagen die folgende Adresse des Generalsekretärs der Deutschen Volkspartei in Schleswig-Vollstein veröffentlicht:

„In einer Anzahl von Artikeln in verschiedenen Zeitungen der Provinz ist in der letzten Zeit der Vorstoß eines Zusammenschlusses der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen und der Schleswig-Holsteinischen Landespartei gemacht worden. Praktische Gestalt hat dieser Vorstoß durch einen Beschuß des Landesauschusses der Landespartei in Neumünster bekommen, nach dem letzterer an die andern Parteien mit einem bestimmten Antrage herantritt. Die leitenden Organe der beiden Reichsparteien werden dann ja Gelegenheit haben, den Gedanken näher zu erörtern und entscheidende Beschlüsse zu fassen.“

Besonders beachtenswert ist die Antwort, die der Parteivorstand der Demokratischen Partei nach der demokratischen Parteikorrespondenz dem Vorstand der Landespartei gegeben hat. Darin heißt es:

„Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei dankt der Schleswig-Holsteinischen Landespartei für ihre Anregung. Er hat volles Verständnis dafür, daß es erdrückend ist, die unergieblichen deutschen Parteiverhältnisse durch Verhandlungen zwischen einander nebeneinander stehenden Parteien auf der Grundlage der Weimarer Verfassung und einer wahrhaft nationalen demokratischen, sozialen und liberalen Politik zu verbessern. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei gibt anheim, bei der Deutschen Volkspartei festzustellen, ob dort die Voraussetzungen für die weitere Verfolgung dieser Gedanken vorhanden sind.“

Der Parteivorstand der Demokratischen Partei steht also der Anregung auf Zusammenschluß der sich nebeneinander stehenden Parteien nicht ablehnend gegenüber. Vor einigen Wochen noch, vor den sächsischen Landtagswahlen, wurde dieses „Nebeneinander“ von den Demokraten entschieden bestritten. Jetzt aber zeigt man volles Verständnis für eine Verständigung und für die Bestrebungen auf Zusammenschluß. „Zusammenschluß“ bedeutet aber bei dem immer rascher vor sich gehenden Verfall der Demokratischen Partei nichts anderes, als ein Aufgehen der Demokraten in der Sinnespartei. Große politische Wirkungen würde das Verwischen der Demokratischen Partei sicher nicht haben. Die Demokratische Partei hat längst keine Darlebensberechtigung mehr. Als ein äußeres Zeichen für die vollständige Aufgabe der demokratischen Idee durch das deutsche Bürgertum hätte der Zusammenschluß indes immerhin gewisse politische Bedeutung.

## Polemische Kulissen.

Unter den vielen dekorativen Vorschriften der Reichsverfassung steht auch Art. 59 das Anlagerecht des Reichstags gegen den Reichspräsidenten, Reichskanzler und Minister vor, wenn sie schuldhafterweise ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Antrag auf Verfolgung kann aber nur gestellt werden, wenn 100 Abgeordnete des Reichstags dies beantragen, zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sind